

Das Parlament fordert einen grösseren Saal

USTER Der Stadtrat hat es geschafft, auch Mitte-Links ins Boot zu holen: Zum Gestaltungsplan für das Ustermer Zeughausareal sagte der Gemeinderat darum klar Ja. Bei der weiteren Entwicklung jedoch nur mit Einschränkungen.

Dafür, dass es in der Debatte zuvor derart viele kritische, teils vernichtende Voten gegeben hatte, fiel das Ergebnis letztlich überraschend eindeutig aus. Mit 30 zu 4 Stimmen, bei einer Enthaltung, sagte der Ustermer Gemeinderat gestern Abend Ja zum Gestaltungsplan für das Zeughausareal. Er regelt nicht nur, was und wie in Zukunft auf dem früheren Militärgelände gebaut werden darf – seine Festsetzung ist auch die Voraussetzung dafür, dass die Stadt Uster die Hälfte des Areals von der Armasuisse kaufen und in ihren Besitz bringen kann. Mit dem Gestaltungsplan Zeughausareal verabschiedete man heute gewissermassen die Mutter der Zentrumsentwicklung, sagte Bauvorstand Thomas Kübler (FDP). «Die klare Zustimmung ist das beste Signal gegen aussen, dass es Uster ernst meint mit diesem ambitionierten Vorhaben.»

Vor allem Grundsatzkritik

Tatsächlich ging es in der Diskussion davor weniger um den Inhalt des Gestaltungsplans, sondern um die Pläne für das Zeughausareal generell. Pläne, die das Parlament oder das Stimmvolk teilweise schon vor Jahren festgelegt haben. Das brachte Stadtrat Kübler denn auch dazu, manchen Kritikern «ewiges Dümpeln» bei Fragen zu unterstellen, die längst demokratisch geklärt seien.

Der Grüne Patricio Frei etwa wandte sich grundsätzlich gegen den Bau von Wohnungen auf dem Areal. «Reichen die bisher-

gen Erfahrungen mit Doppelnutzungen nicht aus, um zu erkennen, dass ein Kulturzentrum so nah bei einer Wohnsiedlung früher oder später zu Interessenkonflikten führen wird?» Paul Stopper von der BPU plädierte dafür, das Areal für kulturelle Veranstaltungen im Freien freizuhalten und die Zeughäuser als Stadtarchiv, Museen oder Vereinsräume zu nutzen. Jürg Gösken (GLP) empfand es als eine «Frechheit», dass der Stadtrat und Armasuisse für die Planung das Verfahren eines privaten Gestaltungsplans gewählt hatten. «Der Öffentlichkeit und dem Parlament wird die Möglichkeit genommen, Verbesserungen vorzunehmen.»

Bei Wohnungsbau eingelenkt

Auch die SP hatte dieses Planungsverfahren einst kritisiert. Gestern stimmte sie dem Gestaltungsplan jedoch geschlossen zu. «Unsere Anträge, die wir während des Diskussionsprozesses gestellt haben, haben die Stadt und die Armasuisse zum Grossteil berücksichtigt», sagte Karin Niedermann. Als Beispiel nannte sie, dass 50 Prozent der Wohnungen gemeinnützig sein müssen, dass die Flächen für Verkauf in den Zeughäusern stark begrenzt werden und dass auf dem östlichen, öffentlichen Teil auf Büros und Shops verzichtet wird. Ausserdem habe die Armasuisse schriftlich bestätigt, dass sie das gesamte Areal West in Baurecht abgibt.

Schliesslich stimmten die Fraktionen der SP, der FDP, der



Der Gestaltungsplan gibt die Regeln für die Bebauung vor: das Zeughausareal in Uster.

Archivbild Fabio Meier

SVP-EDU sowie die Mittelfraktion mit Ausnahme von Gösken (GLP) geschlossen für den Gestaltungsplan. Die beiden Gemeinderäte der BPU, Gösken und der Grüne Patricio Frei sagten Nein, Meret Schneider (Grüne) enthielt sich der Stimme.

Falsche Reihenfolge

Nach dem Ja zum Gestaltungsplan ging es direkt weiter zur Frage, wie das Zeughausareal in Zukunft entwickelt werden soll. Zum Entscheid stand, ob der Gemeinderat das Raumprogramm für die erste Etappe genehmigt und einen Planungskredit von 300 000 Franken spricht. Mit diesem soll der Stadtrat unter anderem eine

Entwicklungsvision «Zeughausareal» erarbeiten.

Zu reden gab vor allem das Raumprogramm, das einen grossen Saal mit 700 Plätzen als Ersatz für den heutigen Stadthofsaal vorgibt. «Wir können unmöglich zum heutigen Zeitpunkt ein Raumprogramm genehmigen, das erst aus der weiteren Planung resultieren kann, sagte Ursula Räuftlin (GLP). Ausserdem sei die Kapazität des Saals zu klein bemessen.

1000 statt 700 Plätze

Damit es nicht zu Verzögerungen komme, plädierte sie jedoch nicht für eine Ablehnung, sondern für eine Änderung des Antrags. Statt das Raumprogramm

zu genehmigen, sollte es der Gemeinderat nur zur Kenntnis nehmen und zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden – dann, wenn auch das Entwicklungskonzept Zeughausareal steht. Ausserdem soll beim Saal mit 1000 Plätzen geplant werden.

Vergeblich versuchte Stadtpräsident Werner Egli (SVP) dieses Anliegen zu verhindern. «Für einen so grossen Saal gibt es keinen Bedarf», sagte er. Das hätten alle Erhebungen gezeigt. Der Gemeinderat stimmte dem Änderungsantrag jedoch mit 18 zu 16 Stimmen zu. Danach war für das Geschäft die Bahn frei. Zum veränderten Antrag sagte der Rat mit 28 zu 2 Stimmen Ja.

Raphael Brunner

DIE GESCHÄFTE DER PARLAMENTSSITZUNG

- Das Parlament sagte Ja zur Festsetzung des Gestaltungsplans für das Zeughausareal. 30 Pro-Stimmen standen 4 Ablehnungen gegenüber.
- Mit 28 zu 2 Stimmen stimmte der Gemeinderat zu, dass die Planungsphase 5 für das Zeughausareal in Kraft tritt. Sie regelt die weitere Entwicklung des Areals und ist die letzte Phase des sogenannten Fünf-Phasen-Plans für das Zeughausareal. Ein Änderungsantrag der GLP nahm der Rat mit 18 zu 16 Stimmen an.
- Eine Motion zur Anpassung der Parkplatzverordnung wurde mit 18 zu 16 Stimmen an den Stadtrat überwiesen. Die Motion von Ursula Räuftlin (GLP), Patricio Frei (Grüne) und Markus Wanner (SP) will nachhaltige Wohn- und Mobilitätsformen in der Stadt Uster ermöglichen.
- Abgelehnt hat der Gemeinderat eine Motion von Paul Stopper und Werner Kessler (beide BPU). Sie wollte die Personenunterführung «Mitte» aufwerten und die Zahl der bewachten Veloabstellplätze unter den Gleisen erhöhen. Weiter forderte sie technische Änderungen. Dafür stimmten 13 Ratsmitglieder, 17 stimmten dagegen.
- Der Gemeinderat stimmte dem Antrag der Sozialbehörde einstimmig zu, in den Jahren 2016 bis 2019 total 504 000 Franken und maximal 126 000 Franken pro Jahr an die Prävention und die dezentrale Drogenhilfe im Zürcher Oberland zu überweisen.
- Aus Zeitgründen verschob der Parlamentspräsident die Behandlung des Postulats «Einführung eines Sozialpreises in Uster» auf die nächste Sitzung, zu